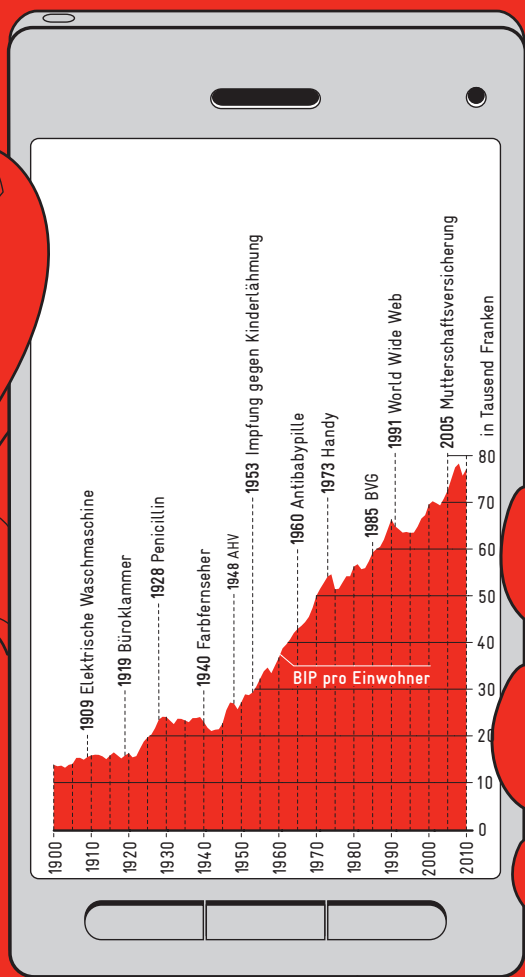


Wachstum

Warum, wieviel und wie?

avenir
spezial

mit Plakatbeilage
Was es bringt





Gerhard Schwarz

Direktor Avenir Suisse

Es ist ein Wohlstandsphänomen: Immer mehr Menschen in den reichen Staaten zweifeln am Sinn wirtschaftlichen Wachstums. Sie machen sich nicht nur Sorgen um die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, um den «Dichtestress». Nein, das Wachstum muss als Sündenbock für vieles mehr herhalten, etwa für die wirtschaftlichen Krisen und selbst für die moralische Zersetzung der Gesellschaft durch Gier und Masslosigkeit. Dementsprechend zählen längst nicht nur links-grüne Fundamentalisten zu den Kritikern des Wachstums, sondern auch viele alles andere als marktwirtschaftsfeindliche Bürger.

Doch die Verteufler des Wachstums liegen, wie Karl-Heinz Paqué (Universität Magdeburg) in seinem Buch mit dem schlichten Titel «Wachstum!» darlegt, nicht nur sachlich falsch, sie bewegen sich auch auf moralisch abscheulichem Boden. Die grossen Ziele der Menschheit wie die Armutsbekämpfung, ferner der wissenschaftliche und technische Fortschritt sowie die soziale Sicherung und die Bewahrung der Lebensqualität in den entwickelten Ländern lassen sich nur unter Wachstumsbedingungen erreichen.

Gewiss, Wachstum hat, wie alles im Leben, seinen Preis. Wachstum ist nie nur ein quantitatives Phänomen, sondern ist stets mit Strukturwandel verbunden, der für die Betroffenen oft sehr schmerzhaft ist. Zudem ist Wachstum weltweit immer noch allzu oft mit Umweltschädigungen verbunden. Die Lösung kann indessen nicht im grossen und breiten Verzicht liegen. Das entspricht kaum der menschlichen Natur. Askese und Verzicht gelten zwar in fast allen Weltreligionen als etwas Positives, aber eben auch als etwas Aussergewöhnliches, etwas für Heilige (oder vielleicht für Bettelorden). Mehrheitlich sind die Menschen dagegen nicht auf Stagnation oder gar Schrumpfung angelegt. Nicht Wachstumsverzicht kann daher die Devise lauten, sehr wohl aber verantwortliche Gestaltung des Wachstums, damit seine negativen Nebenwirkungen möglichst tief gehalten und seine positive Gesamtbilanz weiter erhöht werden kann.

Wachstum – warum, wieviel und wie?

Kann die Wirtschaft immer weiter wachsen? Soll sie auch? Was verdanken wir dem Wachstum? Was wäre ohne? Dieses «avenir spezial» vereint Beiträge zu einem Thema, das alle betrifft, aber dennoch für viele schwer fassbar bleibt.

01_ Verzicht ist keine Lösung

Der wichtigste Wachstumstreiber ist der technische Fortschritt – er lässt sich weder unterbinden, noch erzwingen: *Seiten 4 bis 6*

02_ Diagnose Wohlstandsverwöhnung

Wachstumsskepsis gefährdet das «Erfolgsmodell Schweiz»: *Seite 6*

03_ Das BIP – einäugig unter Blinden

Das BIP ist immer noch das aussagekräftigste Wachstumsmass: *Seite 7*

04_ Generationenvertrag basiert auf Wachstum

Die Leistungsversprechen von AHV und Krankenkasse sind ohne Wachstum kaum sicherzustellen: *Seiten 8 bis 9*

05_ Wir nützen die Ressourcen immer besser

Seit 1990 hat der Materialverbrauch pro Kopf in der Schweiz nicht weiter zugenommen: *Seiten 10 bis 11*

06_ Wachstum und wiedergeborene Heiden

Die Ökonomin Deirdre McCloskey ist überzeugt, dass der Wohlstand weiter wachsen wird: *Seiten 12 bis 13*

07_ Wachstumspuzzle um die Zuwanderung

Stagniert das BIP pro Kopf, weil das Erarbeitete auf immer mehr Köpfe aufgeteilt werden muss? *Seiten 14 bis 16*

08_ Das Ende der Reindustrialisierung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise bildete eine Zäsur: *Seite 17*

09_ Nicht dank dem Bankgeheimnis reich

Die Schweiz wies schon Ende des 19. Jahrhunderts ein sehr hohes Pro-Kopf-BIP auf: *Seite 18*

10_ Die Bürokratie einzäunen

Die steigende Regulierungsdichte belastet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen: *Seite 19*

11_ Ohne Vertrauen keine Investitionen

Fehlendes Vertrauen in die Institutionen ist mit ein Grund für die Wachstumsschwäche des Euroraums: *Seiten 20 bis 21*

12_ Kapitalsteuern sind schädlich

Die Besteuerung von Kapitaleinkommen mindert den Anreiz zu investieren: *Seite 22*

13_ Zeitbudget als Wohlstandsindikator

Kostenlose Informationen erhöhen zwar nicht das BIP, aber durchaus den gefühlten Wohlstand: *Seite 23*

14_ Wie wir uns arm rechnen

Der Wohlstand ist in den letzten zehn Jahren deutlich stärker gewachsen, als wir meinen: *Seiten 24 bis 25*

15_ Die Mär vom versiegenden Wachstum

Es gibt gute Gründe, weshalb kein Ende des Wachstums zu erwarten ist: *Seiten 26 bis 27*

Verzicht ist keine Lösung

Wachstum lässt sich in einer freiheitlichen Gesellschaft weder unterbinden noch erzwingen. Die Lösung vieler Probleme liegt denn auch nicht im Verzicht auf Wachstum, sondern im Verzicht, auf Kosten künftiger Generationen zu leben.

Gerhard Schwarz und Samuel Rutz

Wirtschaftswachstum steht heute – wie schon zu Beginn der 1970er-Jahre – wieder in der Kritik: Verschiedene Kreise fordern eine Abkehr vom «Paradigma des Wachstums». Während ein Teil der Wachstumsskeptiker düstere Prognosen eines versiegenden Wachstums an die Wand malt, betonen andere die unerwünschten Begleiterscheinungen einer fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung. Ein komplettes Versiegen des Wachstums ist jedoch weder realistisch noch wünschenswert (vgl. Seite 26).

Natürliches Wachstum

Warum aber müssen und sollen denn Volkswirtschaften immer weiter wachsen? Diese Frage stellen sich nicht zuletzt Menschen, denen es in verschiedenerlei Hinsicht relativ gut geht, sowohl im Vergleich zu ihren Vorfahren als auch im Vergleich mit dem Rest der Welt, die einer – an sich sympathischen – Genügsamkeit huldigen, aber die dies eben gleichwohl auf hohem Niveau und zudem oftmals mit dem beruhigenden Wissen um Vermögen oder Erbschaften im Hintergrund tun. Das zentrale Argument für Wachstum lautet, dass Wirtschaftswachstum gewissermassen ein natürliches Phänomen ist, eine anthropologische Konstante, die dem Streben der Menschen nach Neuem und das Leben Verbesserndem entspringt. Viele ältere Menschen haben ja Zeiten erlebt, die sie sich trotz mancher Beschwörung der Genügsamkeit nicht zurückwünschen würden, Zeiten ohne Farbfernseher und Handy, Zeiten, in denen Flugreisen oder Geschirrspülmaschinen ein Luxus für wenige waren, und Zeiten, in denen es für viele Krank-

heiten noch keine Behandlungen gab. Die Beispiele sollen verdeutlichen, dass der langfristig wichtigste Wachstumstreiber der technische Fortschritt ist. Dieser lässt sich – wie die Geschichte zeigt – nicht erzwingen, aber auch nicht gänzlich unterbinden. Wahrscheinlich ist, dass auch in Zukunft kleinere und grössere Innovationen getätigt werden, die zu einem gewissen Wachstum führen – unabhängig davon, ob dieses als gut, schlecht, zu hoch oder zu tief empfunden wird.



Wachstum – warum, wieviel und wie?

Erwünschtes Wachstum

Technischer Fortschritt ist oftmals mit Produktivitätssteigerungen verbunden. Diese lassen sich aber nicht einfach in generelle Arbeitszeitverkürzungen für alle Beschäftigten ummünzen – wie dies teilweise gefordert wird –, weil es auf dem Arbeitsmarkt spezifische Qualifikationen braucht und entsprechende Engpässe gibt.

Der technische Fortschritt ist der langfristig wichtigste Wachstumstreiber.

Hingegen kommen die Produktivitätssteigerungen in Form von Preissenkungen (und höheren Margen) der produzierten Güter und Dienstleistungen der Allgemeinheit zu-

gute. Die Konsumenten können sich mehr leisten, die Unternehmer können mehr investieren, was neue Arbeitsplätze schafft. In diesem Sinne ist ein gut funktionierender Arbeitsmarkt, der

möglichst wenig durch staatliche Interventionen eingeschränkt wird, zentral, um die positiven Seiten des Wachstums möglichst breit zu streuen.

Wachstum ist indessen auch ein wichtiger Faktor, um die langfristigen Versprechen und Verpflichtungen einer Gesellschaft zu sichern (vgl. Seite 8). Zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Bereiche sowie Institutionen sind heute auf stetiges Wachstum angewiesen. Fällt das Wachstum zu gering aus, besteht die Gefahr, dass einzelne Länder ihre Staatsverschuldung endgültig nicht mehr tragen können, sich die Finanzierungslücken in Altersvorsorge, im Gesundheits- und Bildungswesen nochmals verschlimmern und der soziale Ausgleich gefährdet wird. In einer wirtschaftlich stagnierenden Gesellschaft wird es praktisch unmöglich, zukünftige Renten zu sichern, denn jeder wirtschaftliche Rückschlag, komme er von den Märkten oder der Demografie, schlägt unmittelbar auf jene durch, die nicht mehr produktiv am wirtschaftlichen Prozess teilhaben. Da alle westlichen Gesellschaften ihren Sozialstaat zum Teil auf Kosten der künftigen Generationen auf- und ausgebaut haben, ist Wirtschaftswachstum die einzige Möglichkeit, sich aus dieser Schuld gegenüber den künftigen Generationen zu befreien. Will die Schweiz ihren – relativ gleichmässig verteilten – Wohlstand nur schon halten, tut sie gut daran, sich wirtschaftlichem Wachstum nicht zu verschliessen.

Erzwungenes Wachstum

Dass ein solcher «Wachstumszwang» Bedenken auslöst, ist hingegen nachvollziehbar. Ein Anheizen des Wachstums über expansive Geldpolitik und konjunkturstimulierende Fiskalausgaben ist hierbei keine Antwort auf die angesprochenen Herausforderungen, denn solches Wachstum kann niemals nachhaltig sein. Erst der Verzicht auf strukturerhaltende Massnahmen ermöglicht ein qualitatives Wachstum.



Die beste Wachstumspolitik ist deshalb die Beseitigung aller das Wachstum und das Unternehmertum behindernden Regulierungen unter gleichzeitiger Aufhebung aller spezifischen, auf einzelne Regionen, Märkte, Produkte und Unternehmen fokussierten Förderung.

Diese Absage an gezielte staatliche Lenkung darf jedoch nicht als Votum für Untätigkeit missverstanden werden. Die geschilderten Probleme der heutigen Industrieländer müssen umgehend angepackt werden und zwar mit konkreten Massnahmen. Eine wirksame Schuldenbremse würde helfen, überbordende Staatsverschuldung und Finanzierungslücken in den Vorsorgewerken in den Griff zu bekommen. Eine liberale Ausgestaltung des Arbeitsmarktes und eine umsichtige Bildungspolitik können dazu beitragen, Arbeitslosigkeit zu verhindern und den sozialen Ausgleich zu fördern. Höhere Kostenwahrheit im (öffentlichen und privaten) Verkehr könnte die Belastung der Infrastruktur mindern und die Umweltqualität verbessern. Marktgerechte und zeitlich ausdifferenzierte Elektrizitätspreise würden korrekte Knappheitssignale aussenden und zu einem effizienten Umgang mit Ressourcen beitragen.

Viele der von den Wachstums skeptikern angesprochenen Probleme könnten so einer Lösung zugeführt werden. Diese Lösungen liegen allerdings nicht im Verzicht auf Wachstum, sondern viel eher im Verzicht, auf Kosten anderer und auf Kosten kommender Generationen zu leben.

Forderungen, aufgrund der – unbestritten vorhandenen – negativen Nebeneffekte auf Wachstum und Wohlstand zu verzichten, schütten das Kind mit dem Bade aus. Dadurch würden auch Innovationen verhindert, die zu einem besseren Wohlergehen der Menschheit und der Umwelt beitragen. Hand aufs Herz: Wer könnte es moralisch vertreten, die heutigen Errungenschaften des technischen Fortschritts für sich zu beanspruchen, sie jedoch Menschen in weniger entwickelten Regionen der Welt zu verweigern?

Diagnose Wohlstands- verwöhnung

Die Fixierung auf die Umverteilung gefährdet das «Erfolgsmodell Marktwirtschaft».

Die jüngsten Volksabstimmungen in der Schweiz zielten immer wieder auf Gerechtigkeit durch Umverteilung, z.B. die 1:12 Initiative, die Mindestlohninitiative oder die Erbschaftssteuerinitiative. Was bedeutet das für das Erfolgsmodell «Marktwirtschaft Schweiz»?

Solche Initiativen sägen an den Wurzeln des Schweizer Erfolgs. Zwar hat bei einigen radikaleren Initiativen wie 1:12 und Mindestlohn am Schluss die Vernunft obsiegt, aber schädlich für das Image der Schweiz als stabiler, verlässlicher Standort waren sie allemal. Sie spiegeln eine zunehmende Wachstumsskepsis und Wohlstandsmüdigkeit, deren Grund wohl genau im anhaltenden Erfolg der Schweiz liegt. Man kann es auch Wohlstandsverwöhnung nennen. Wohlstandsverwöhnung bedeutet, dass man den Wohlstand für selbstverständlich nimmt, und sich nicht bewusst ist, wie sehr er auf Leistung und einer offenen Wirtschaftsordnung beruht. Wohlstandsverwöhnung bedeutet auch, dass man selbstzufrieden wird und in der Leistungsbereitschaft nachlässt. Wohlstandsverwöhnung bedeutet auch, zu glauben, man könne beliebig in die Wirtschaft eingreifen, ohne den Wohlstand zu gefährden.

Wenn man anfängt, Fragen der Verteilung stärker zu gewichten als Fragen der Schaffung von Wohlstand, wenn man bereit ist, zugunsten von mehr Ergebnisgleichheit Einbussen bei Wachstum und Wohlstand hinzunehmen, wenn man, statt dafür zu sorgen, dass der Kuchen grösser wird, beklagt, dass die Kuchenstücke unterschiedlich gross sind – selbst wenn das eigene Stück vor zehn Jahren halb so gross war wie heute – ist das Erfolgsmodell Schweiz tatsächlich in Gefahr. **GS**

Das BIP – einäugig unter Blinden

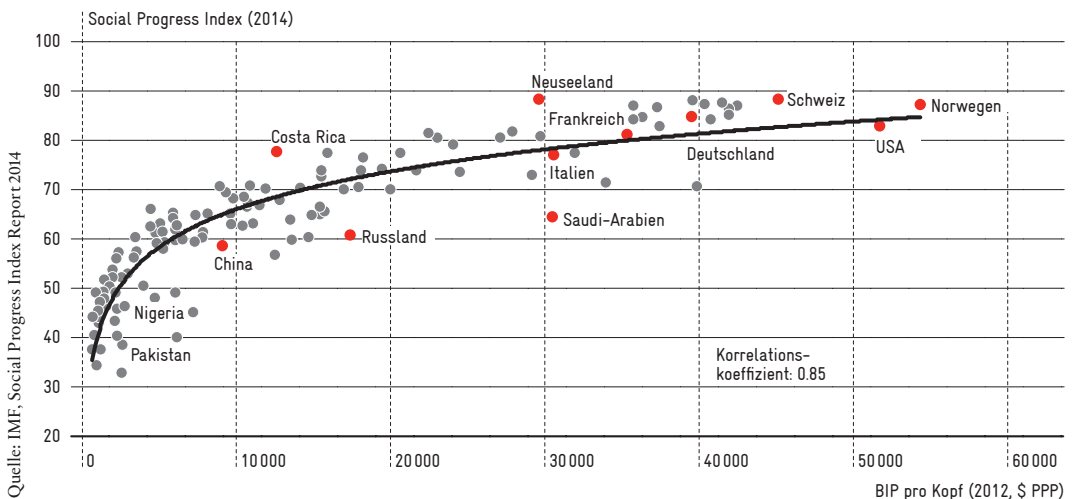
Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist zwar kein perfektes, aber immer noch das beste verfügbare Wohlstandsmass, das auch internationale und historische Vergleiche ermöglicht.

Von Wirtschaftswachstum spricht man, wenn der Wert aller in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen von einer Periode zur nächsten steigt. Die ökonomische Wachstumstheorie beschäftigt sich mit diesen Veränderungen allerdings nur in einer langfristigen Perspektive. Üblicherweise wird als Mass die jährliche reale Veränderung des Bruttoinlandproduktes (BIP) verwendet. Um einiges aussagekräftiger ist jedoch die Veränderung des BIP pro Kopf, weil sie zeigt, ob der Wohlstand gestiegen ist, ob also ein durchschnittliches Individuum im Beobachtungszeitraum mehr oder weniger erwirtschaften konnte als in der Vergleichsperiode. Zwar ist das BIP pro Kopf kein perfektes Wohlstands-

mass, weil es viele monetär nicht bzw. nur schwer erfassbare Aspekte nicht umfasst und somit das, was man gemeinhin als Lebensqualität bezeichnet, nur ungenügend abbildet. Auch fließen in die BIP- und somit in die BIP-pro-Kopf-Berechnung Aktivitäten ein, die man kaum als wohlstandsmehrend empfinden wird (wie Aufräumarbeiten nach einer Naturkatastrophe), während umgekehrt gewisse wohlfahrtssteigernde Tätigkeiten wie Hausarbeit statistisch nicht erfasst werden. Trotzdem erlaubt das BIP als Wohlstandsmass halbwegs brauchbare internationale und historische Vergleiche, und es bleibt die beste verfügbare Annäherung an die Erfassung des Wohlergehens von Menschen. **GS/SR**

Enger Zusammenhang zwischen Bruttoinlandprodukt und sozialem Fortschritt

Das BIP ist trotz allen Vorbehalten ein recht verlässliches Wohlstandsmass, weil ein enger Zusammenhang zwischen nicht monetär erfassbaren Aspekten wie Lebensqualität oder Glück und dem Pro-Kopf-Einkommen besteht. So korreliert beispielsweise auch der abgebildete Social Progress Index stark mit dem BIP pro Kopf.



Der Generationenvertrag basiert auf Wachstum

Die AHV und die Krankenversicherung sehen eine Finanzierung der Betagten durch die aktive Bevölkerung vor. Die Alterung der Gesellschaft stellt deshalb eine grosse Herausforderung dar, die ohne Wachstum kaum zu bewältigen ist.

Jérôme Cosandey

Die erste Säule der Altersvorsorge (AHV) und die obligatorische Krankenversicherung (OKP) sind Grundpfeiler der sozialen Sicherheit in der Schweiz. 2012 beanspruchten die beiden Versicherungen 44 % aller Sozialausgaben. Die Leistungen dieser Sozialwerke sind gesetzlich verankert und damit auch künftig vorgegeben. Doch diese Leistungsversprechen werden nicht vorfinanziert, sondern müssen durch künftige Generationen sichergestellt werden.

AHV als Durchlauferhitzer

In der AHV finanzieren die Lohnbeiträge der Aktiven die laufenden Renten der Pensionäre. Die erste Säule der Altersvorsorge basiert also nicht auf Sparen, sondern entspricht einem gut organisierten, solidarischen Transfersystem. Da-

bei spielt das Mengenverhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern eine wichtige Rolle. Die AHV-Ausgaben werden infolge der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer, die zudem immer länger leben,

künftig signifikant steigen. Will man dieses Kostenwachstum ohne Erhöhung der AHV-Beitragsätze finanzieren, muss die Gesamtlohnsumme in der Schweiz – und damit die kumulierten Lohnbeiträge – im gleichen Ausmass steigen.

Dies kann einerseits durch eine Erhöhung der Reallöhne pro Kopf erfolgen. Mittelfristig kön-

nen diese nur steigen, wenn die Produktivität eines Mitarbeiters, eines Betriebs oder einer Branche steigt. Das Reallohnniveau einer ganzen Volkswirtschaft kann überdies nur dann steigen, wenn der Gesamtkuchen, das Bruttoinlandprodukt, stärker wächst als die Bevölkerung (qualitatives Wachstum). Andererseits kann auch ein quantitatives Wachstum, also die Zunahme der Anzahl Erwerbstätiger, die Lohnsumme erhöhen. Die Geburtenziffer in der Schweiz liegt jedoch mit 1,54 Kindern pro Frau deutlich tiefer als die 2,1 Kinder, die für eine konstante Bevölkerungszahl nötig wären. Aus eigener Kraft d.h. ohne Immigration, kann die Schweizer Wohnbevölkerung mittelfristig nicht wachsen.

AHV-Defizit ohne Wachstum um 50 % höher

Die aktuellsten Projektionen des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) gehen von einem kumulierten Defizit in der AHV von 50 Mrd. Fr. bis 2030 aus. Dabei rechnet das BSV mit einem mittleren Demografieszenario, das einen leichten Rückgang der Nettoeinwanderung von 80 000 Personen 2015 auf 60 000 Personen pro Jahr ab 2030 und ein Reallohnwachstum um 0,9 % pro Jahr vorsieht. Gemäss unseren eigenen Schätzungen würde bei einem Nullwachstumszenario (Nettoeinwanderung = 0 Personen pro Jahr, Reallohnwachstum = 0 %) das jährliche Umlagedefizit der AHV kumuliert bis 2030 120 Mrd. Fr. betragen. Schon heute zeigen die zähen Verhandlungen um die Altersvorsorgereform, wie schwierig es ist, das heutige Leistungsniveau bei den offiziellen Wachstumsannahmen zu si-

Die Leistungsversprechen müssen durch künftige Generationen sichergestellt werden.

chern. Eine Wachstumsschwäche, und erst recht ein Wachstumsstopp, würde die Altersvorsorge schlicht unfinanzierbar machen.

Steigende Belastung der Krankenversicherung

Auch in der Krankenversicherung ist die Finanzierung der Gesundheitsleistungen längerfristig nur mit Wachstum tragbar. Die Krankenkassenprämien sind als Kopfprämien konzipiert. Auf den ersten Blick findet kein Transfer zwischen Aktiven und Rentnern statt, sondern nur zwischen Gesunden und Kranken. Da jedoch der grösste Teil der Gesundheitskosten in den letzten zwei Jahren vor dem Tod, sprich für die Meisten im hohen Alter, anfallen, führt das Kopfprämiensystem de facto zu einer Quersubventionierung der Betagten durch die Jungen. Gemäss einer Studie der Universität St. Gallen flossen 2010 in der Krankenversicherung 8,3 Mrd. Fr. von den Aktiven zu den Rentnern. 2030 wird dieser Zahlungstransfer bereits 20,3 Mrd. Fr. betragen, eine Zunahme um 145 %. Auch hier kann

der zusätzliche Aufwand durch die jüngeren Generationen nur dann getragen werden, wenn er auf mehr Schultern verteilt wird (quantitatives Wachstum) oder wenn das verfügbare Einkommen pro Kopf signifikant steigt (qualitatives Wachstum).

Kann Wachstum den Generationenkonflikt dämpfen?

Die Finanzierung der AHV und der OKP stellt den Generationenvertrag auf die Probe. Wenn künftig die jüngeren Generationen «nur» gleich viel wie die älteren Generationen in den Vertrag einzahlen, reicht das Geld für ein Altern in Würde nicht. Erwarten die älteren Generationen gleiche finanzielle Leistungen wie ihre Vorfahren, wird die Last für die Aktiven kaum mehr tragbar sein. Ein breit abgestütztes, qualitatives und quantitatives Wachstum kann helfen, die kommenden Herausforderungen zu mildern.

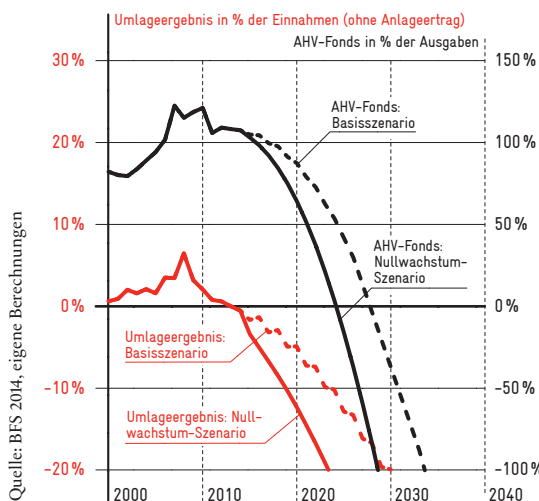
Die Finanzierung der AHV und der Krankenversicherung stellt den Generationenvertrag auf die Probe.

Gleichzeitig kann Wachstum nicht verordnet werden, wie zum Beispiel die lang andauernde Stagnationsphase Japans zeigt. Umso wichtiger ist es, die Wachstumsabhängigkeit beider Sozialwerke in Grenzen zu halten. Einerseits braucht es Mechanismen, die automatisch Korrekturen einleiten, wenn die Finanzierung einer Versicherung aus dem Lot gerät. Eine Ausweitung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen oder ein Stabilisierungsmechanismus innerhalb der einzelnen Versicherung könnte dieses Ziel erreichen. Andererseits geht es darum, die geltenden Leistungsversprechen nicht auszuweiten. Der im Rahmen der Vorsorgereform 2020 geplante Ausbau der AHV, der jährlich 1,4 Mrd. Fr. zusätzlich kosten würde, zielt genau in die andere Richtung.

Online-Publikation: 23. November 2015

AHV-Finzen ohne Wachstum noch gefährdeter

Bei einem Nullwachstumsszenario (Nettoeinzwanderung = 0, Reallohnwachstum = 0%) würde das kumulierte AHV-Defizit bis 2030 120 Mrd. Fr. betragen.



Wachstum ohne Beschwerden

Seit 1990 hat der Pro-Kopf-Materialverbrauch in der Schweiz nicht zugenommen und es gibt gute Gründe anzunehmen, dass das «ressourcenlose» Wachstum systematisch unterschätzt wird.

Marco Salvi

Mehr als 40 Jahre nach der Veröffentlichung des Bestsellers «Grenzen des Wachstums» tischen Wachstumsskeptiker immer noch die gleichen Argumente auf: Der materielle Wohlstand führe in die Sackgasse, die natürlichen Ressourcen würden übernutzt, das Bevölkerungswachstum gefährde die Lebensqualität. Von vielen Seiten werden die Schweizer zur «Décroissance» angehalten, darunter auch von fremdenfeindlichen, ökologisch gefärbten Ideologen, die sich ein autarkes Land wünschen.

Doch wie materiell ist unser Wohlstand tatsächlich geworden? Werden wirklich immer mehr «Dinge» konsumiert? Gehen steigende Einkommen zwangsläufig mit einem höheren Materialverschleiss einher? Ein Blick auf die Daten kann die Debatte vielleicht auf eine etwas sachlichere Basis stellen. Zum Ersten zeigen die Zahlen eindeutig, dass wir reicher als früher sind. Das Bruttoinlandprodukt (zugegeben, ein mangelhafter Indikator, der eher den Wert der Produktion als die Wohlfahrt misst) ist seit 1990 real um 40 % gestiegen. In der gleichen Zeit hat das Gesamteinkommen pro Haushalt um 15 % zugenommen.

Zum andern ist der Ressourcenverbrauch zu betrachten: Luft, Boden, Wasser, Biodiversität und vieles mehr. Doch entgegen den vielen Negativmeldungen aus den Medien zeigen die Umweltanalysen des Bundesamtes für Statistik, dass seit den 1990er-Jahren etliche Probleme entschärft wurden. Die Luftqualität ist heute generell besser (Luftschadstoff- und Feinstaubemissionen sind rückläufig), die Wasserqualität in Seen steigt (dank Rückgang der Nährstoffeinträ-

ge), der Trinkwasserverbrauch nimmt ab, die in Deponien entsorgte Abfallmenge nimmt nicht zu und die Treibhausgasemissionen wurden stabilisiert. Dies alles erfolgte trotz Wachstum – oder gerade dank ihm, weil sich eine reiche Gesellschaft eher um die Qualität ihrer Umwelt kümmert und auch die Mittel dazu hat.

Lassen sich all diese Verbesserungen in einer Zahl zusammenfassen, wie beim BIP? Hier ist die Rechnung schwieriger, denn es gilt, den Wert von natürlichen Ressourcen – intakten Landschaften, seltenen Eidechsen oder der reinen Luft – zu beziffern. Letztere sind jedoch alles «Leistungen», die uns die Natur nicht in Rechnung stellt und wofür Preisinformationen fehlen. Immerhin erfasst das Bundesamt für Statistik die Materialflüsse, d.h. die Tonnen Biomasse, Metalle, Mineralien und Fossilprodukte, die durch die wirtschaftlichen Aktivitäten verbraucht werden. Dies gilt als tauglicher Gesamtindikator für die Umweltbelastung.

Angesichts der Vermehrung konsumkritischer Stimmen mag die Entwicklung dieses Indikators überraschen: Seit 1990 hat der Pro-Kopf-Materialverbrauch nicht zugenommen. Der Verbrauch verharrte bei ca. 40 Tonnen pro Jahr. Stellt man diese Grösse im Verhältnis zum Wert der Produktion, also zum BIP, ist eine eindeutige Zunahme der Materialproduktivität festzustellen. Insgesamt sind Produktion und Konsum gut 20 Prozent weniger ressourcenintensiv als 1990. Dies gilt besonders für den durch Importe verursachten Ressourcenverbrauch. So war 1990 jedes Kilo Materialverbrauch mit einem Importwert von 60 Rappen assoziiert. 2012 konnte



dieses Verhältnis beinahe verdoppelt werden. Aus gleich viel wird heute deutlich mehr gemacht.

Es gibt zudem gute Gründe zu vermuten, dass diese Statistiken das «ressourcenlose» Wachstum systematisch unterschätzen. Die Entmaterialisierung der Wirtschaft schreitet schneller voran als offiziell gemessen. Denn heute verbringen viele – darunter etliche Wachstumsgegner – täglich mehrere Stunden im Internet, wo ein Grossteil der Dienstleistungen kostenlos bezogen werden kann. So lässt Wikipedia, um nur ein Beispiel zu nennen, das BIP nur unwesentlich steigen, obwohl viele Konsumenten die Dienste der Online-Enzyklopädie intensiv beanspruchen: Einem tief gemessenen Produktionswert steht ein grösserer Nutzen für die Konsumenten mit minimalem Ressourcenverbrauch gegenüber. Innovationen wie diese machen klar, dass die Menschen nicht nur Ressourcen verbrauchen, sie schaffen auch welche.

Dieser Artikel erschien in der Schweiz am Sonntag vom 3. August 2014.

Strukturreformen statt Brückenbau

Es gibt kein dauerhaft schuldenfinanziertes Wachstumsmodell. Einzig der Produktivitätsfortschritt steigert das Trendwachstum.

Der Produktivitätsfortschritt ist der wichtigste Treiber des langfristigen Wirtschaftswachstums. Dieses entsteht in erster Linie in der Privatwirtschaft über Investitionen und Innovationen. Dort muss vor allem investiert werden, statt, wie es Politiker reflexartig gerne tun, stets neue öffentliche Investitionen in Strassen und Brücken zu fordern. Denn die Erfahrung zeigt, dass der wachstumsfördernde Effekt von Konjunkturprogrammen mit zunehmendem Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft abnimmt.

Wenn aber der private Konsum und die Investitionen anspringen sollen, müssen die Staaten die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Dabei helfen einige unumstössliche wirtschaftspolitische Erkenntnisse und Erfahrungen: Dazu gehört, dass es kein dauerhaft schuldenfinanziertes Wachstumsmodell gibt. Das Trendwachstum lässt sich weder durch eine ultralockere Geldpolitik noch eine expansive Fiskalpolitik nachhaltig beleben, sondern nur durch produktivitätssteigernde Strukturreformen auf den Faktor- und Gütermärkten. Deshalb muss die fiskalische Konsolidierung Hand in Hand gehen mit wachstumsfördernden Reformen wie flexibleren Arbeitsmärkten, einem erträglicheren Steuerklima, mehr Wettbewerb durch offene Grenzen und weniger, aber gescheiterer Regulierung. Nur so lässt sich eine Schulden Spirale aus niedrigem Wachstum, hoher Verschuldung und steigenden Zinsen verhindern. **RW**



Über Wachstum und wiedergeborene Heiden

Warum sind Länder wie die Schweiz heute extrem reich, obwohl sie einst extrem arm waren? Die Ökonomin Deirdre McCloskey liebt grosse Fragen und unkonventionelle Antworten.

Auszug aus einem Gespräch von Marco Salvi mit der Ökonomin Deirdre McCloskey

Marco Salvi (Avenir Suisse): In Ihrem Buch *«Bourgeois Dignity»* erklären Sie mit einer beeindruckenden Aufzählung von Fakten über die Weltwirtschaftsgeschichte, warum die Gegenwart so ist, wie sie ist. Welches waren die treibenden Kräfte?

Deirdre McCloskey: Bei der Entstehung der Weltwirtschaft handelt es sich wohl um die wichtigste säkulare Entwicklung seit der Erfindung der Agrikultur. Im Buch *«Bourgeois Dignity»* (2011) gebe ich dieser Entwicklung den Namen *«The Great Enrichment»* – die grosse Anreicherung. Die Schweiz bietet dafür – wie andere westliche Länder auch – ein ideales Beispiel: Einst war das Land extrem arm, inzwischen ist es extrem reich.

Wird der Wohlstand weiter wachsen?

McCloskey: Der Wohlstand wird langsam weiter wachsen. Wir wachsen ständig. Das erfahren Sie ja tagtäglich in Ihrem Alltag. Vor zwanzig Jahren war es ein Ärgernis, jemanden anzurufen, während man unterwegs war. Zuerst musste man eine Telefonzelle suchen, dann genug Kleingeld dabei haben, und dann streikte auch noch die Telefonzelle. Vieles ist nicht nur einfacher, sondern auch günstiger geworden.

Sie machen drei Ursachen für das «Great Enrichment» aus: eine neue Gesprächskultur, eine neue Ethik und neue Ideen. Wieso wurde die Innovation plötzlich zu einer treibenden Kraft?

McCloskey: Seit der Homo sapiens die Erde betreten hat, kam es zu ständigen Verbesserungen. Pfeil und Bogen waren eine Verbesserung des

Speers usw. Nach der letzten Eiszeit entstand plötzlich an neun verschiedenen Orten eine weltweite Innovationskultur. Aber erst vor kurzer Zeit wurden auch die gewöhnlichen Leute Teil dieser Innovationskultur. Es war nicht mehr der römische Staat, der neue Technologien wie Aquädukte entwickelte. Jeder kleine Ladenbesitzer konnte sich eine neue Technologie ausdenken. Ich glaube, dass es vor allem die Auflösung der etablierten Hierarchien war, die die Innovation angetrieben hat. In einer hierarchischen Gesellschaft gibt es wenig Bewegung. Wenn Sie neue Ideen äussern, werden Sie bedroht.

In den meisten Köpfen ist Wachstum nicht mit positiver Veränderung verbunden?

McCloskey: Sowohl Rechte wie Linke haben Probleme, wirtschaftliches Wachstum zu akzeptieren. Das Problem der Rechten ist es, dass das Wachstum die Hierarchien aufgelöst hat. Tatsächlich ist es sogar so, dass der Zusammenbruch der Hierarchie das Wirtschaftswachstum beschleunigt hat. Und die Konservativen mögen Hierarchien. Sie mögen Könige, Gräfinnen und Grafen. Die Linke dagegen weigert sich schlechterdings, etwas Gutes über den Kapitalismus zu sagen. Sie haben dieses Problem seit 1848, als sie zum ersten Mal behaupteten, dass die Arbeiterklasse verarmen würde. Bereits um 1900 war klar geworden, dass dem nicht so war.

Lassen Sie uns über die Zukunft sprechen. Wir haben einen neuen Karl Marx, Mr. Piketty.

McCloskey: Ich wurde, besonders in Grossbritannien, als Anti-Piketty betitelt. Ich denke aber,

dass Pikettys Buch nicht so wichtig ist, wie die Leute glauben. Es enthält mehrere Schwachstellen.

Allerdings scheint es, als hätten die Kapitalismusgegner im Moment...

McCloskey: ...die Oberhand, ja. Das liegt an der Grossen Rezession. Wenn die nicht gewesen wäre oder wir uns wenigstens auf eine intelligente Weise von ihr hätten erholen können, fänden diese Leute kaum Gehör.

Wenigstens ist Piketty kein Wachstumskritiker. Er gehört nicht zu den Leuten, die behaupten, dass wir zu weit entwickelt seien, dass es genug sei.

McCloskey: Das stimmt. Die Grünen stellen eine grössere Gefahr als Mr. Piketty dar, weil sie sich entscheiden könnten, das ökonomische Wachstum ganz abzuwürgen. Das würden sie wohl tun, wenn man ihnen genug Macht gäbe. Dabei sind es eigentlich süsse Leute. Sie lieben Bäume. Meine schwedischen Freunde sind so. Sie lieben den Wald und ziehen sich im Sommer monatelang dahin zurück. Eigentlich führen sie ein extrem wohlhabendes, kapitalistisches Leben in der Stadt. Aber sie tun gerne, als ob das nicht der Fall wäre. Sie ähneln Leuten aus Manhattan, die auf «Dude Ranches» gehen und Cowboy spielen. Doch während das keinen Effekt auf diese Amerikaner hat, beeinflusst die Lebensweise meiner schwedischen Freunde auch ihren Glauben. Einst waren die Schweden Heiden, dann Katholiken, dann Lutheraner, und nun bewegen sie sich wieder in Richtung Heidentum. Sie glauben an die Götter des Waldes. Das ist ihre Transzendenz. Und wenn diese Transzendenz populärer wird, wird es gefährlich. Hinter dieser Denkweise verbirgt sich ein malthusianischer Ansatz: Eine Bevölkerungszunahme ist schlecht. Der Ökonom Thomas Malthus war kein grosser Optimist. Was mich zu einem interessanten Punkt führt: Zu Adam Smiths Zeiten waren die Volkswirtschaftler optimistisch. Aber

nach Malthus sind sie immer pessimistischer geworden. Aus einer Wissenschaft des Gedeihens wurde eine Wissenschaft der Knappheit.

Die Wissenschaft der Wohlfahrtssteigerung verkam zur Wissenschaft der Wohlstandsverteilung!

McCloskey: Im Moment herrscht in der Ökonomie eine unprofessionelle Stimmung vor, indem man sich immer weiter vom wirklichen Motor der «grossen Verbesserung», der Innovation, wegbewegt und stattdessen auf die Anhäufung von Kapital fokussiert – genauso wie das Piketty tut und wie das jeder konventionelle Ökonom tut. Egal, ob Humankapital, physisches Kapital oder Sozialkapital: alles ist Kapital – das ist ein Irrtum. Der Mensch sollte im Zentrum stehen! Es sollte darum gehen, den menschlichen Geist zu befreien, so dass jeder das tun kann, was er möchte. Das entspricht auch den Ideen Adam Smiths in «Der Wohlstand der Nationen», der Anleitung zu Freiheit und Würde. Meine Ideen sind ziemlich altmodisch und komplett unoriginell, aber sie müssen geäussert werden, denn sie wurden bereits im 19. Jahrhundert von den Intellektuellen völlig vergessen. Stattdessen haben die sich gesagt: «Geografischer Determinismus – grossartig! Wissenschaftlicher Materialismus – oh Junge, wie toll! Eugenik? Wunderbar!» All diese falschen wissenschaftlichen Entdeckungen und Ideen des 19. Jahrhunderts konnten nur entstehen, weil man die Theorien der Denker des 18. Jahrhunderts vergessen hatte, die darauf bauten, dass man die Leute respektieren und in Ruhe lassen kann und soll. Wenn man sich an diese Ideen erinnert, wird man reich belohnt, denn sie führen zu einer egalitären Gesellschaft.

Das vollständige Interview erschien unter dem Titel «Es ist wunderbar!» im «Schweizer Monat» vom Oktober 2015.

Das Wachstumspuzzle um die Zuwanderung

Stagniert das Pro-Kopf-Einkommen wegen der Zuwanderung? Das grössere Arbeitsangebot minderte zwar den Druck zu Rationalisierungen und damit das Produktivitätswachstum, insgesamt überwiegt aber der positive Effekt auf die Erwerbsquote.

Patrik Schellenbauer

Die Finanz- und Wirtschaftskrise läutete weltweit den Abschied vom grossen Wachstum ein. Doch im Gegensatz zu vielen anderen Staaten kam das reale Wachstum auf Pro-Kopf-Basis in der Schweiz nicht – wie verschiedentlich behauptet wird – zum Erliegen, und die Löhne stiegen sogar etwas schneller als vor 2009. Gleichzeitig beschleunigte sich aber die Zuwanderung, und die Kombination dieser Entwicklungen löste angesichts der zunehmenden Beanspruchung der Infrastrukturen die Debatten um «Dichtestress», Breitenwachstum und steigende Wohnkosten aus. Der spürbare Rückgang des Pro-Kopf-Wachstums des BIP nach der Krise von

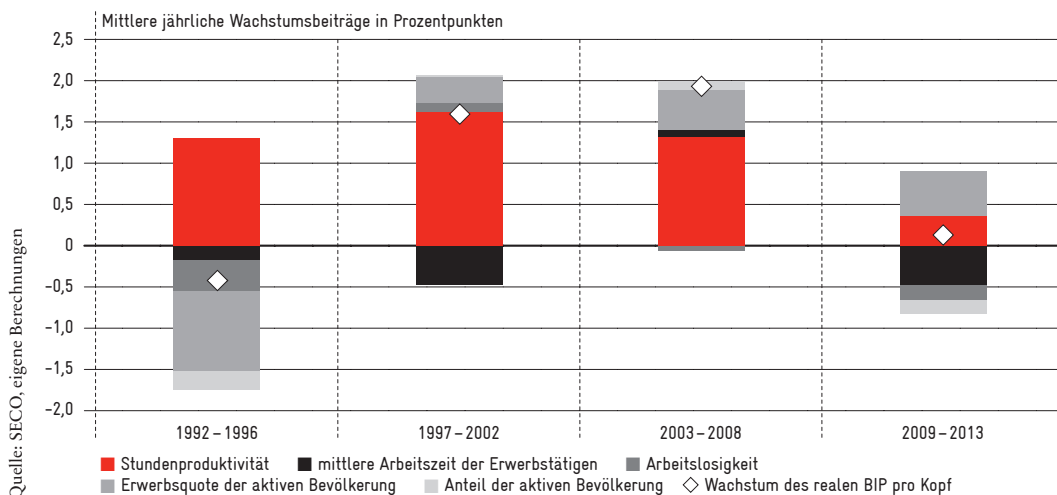
2009 gehört zu den politischen Hauptkritikpunkten an den bilateralen Verträgen (vgl. Abbildung auf Seite 17). Stagniert das BIP pro Kopf, weil es auf immer mehr Köpfe aufgeteilt werden muss? Eine strukturierte Untersuchung des Wachstums gibt überraschende Antworten.

Produktivitätsgewinne als Freizeit konsumiert

Mithilfe eines Vorgehens, das man «Wachstumsbuchhaltung» (Growth accounting) nennt, kann das BIP in zwei Komponenten aufgespalten werden, nämlich das Wachstum der Bevölkerung sowie das Wachstum des Einkommens pro Kopf. Das Einkommen pro Kopf – und da-

Aufgliederung des Pro-Kopf-Wachstums der Schweiz 1992–2013

Der wichtigste Treiber des Pro-Kopf-Einkommens ist die Produktivität pro Arbeitsstunde. Daneben gab es aber auch bedeutende Effekte aus der Verwendung der Arbeitskräfte. Die Abbildung zeigt, dass ab 2009 ein Teil der Produktivitätsgewinne über tiefere Arbeitszeiten bezogen wurde.



mit der Wohlstand eines Landes – wird seinerseits durch zwei Grössen bestimmt: Erstens durch die mittlere Produktivität der Arbeitskräfte, und zweitens durch die Bruttopartizipation im Arbeitsmarkt, d.h. die Zahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Ist ein grösserer Teil der Bevölkerung ökonomisch aktiv, erhöht dies das pro Kopf anfallende Einkommen (vgl. Abbildung auf Seite 14).

Die Wachstumsbuchhaltung lässt das enttäuschende Pro-Kopf-Wachstum nach der Finanzkrise (2009–2013) in einem differenzierten Licht erscheinen. Zutreffend ist, dass der Einbruch des Produktivitätswachstums (pro Stunde) von 1,3% auf 0,4% pro Jahr ein massgeblicher Faktor war. Dies erklärt aber nur die Hälfte des Einbruchs des Pro-Kopf-Wachstums von minus 2 Prozentpunkten im Vergleich zur Periode 2003–2008.

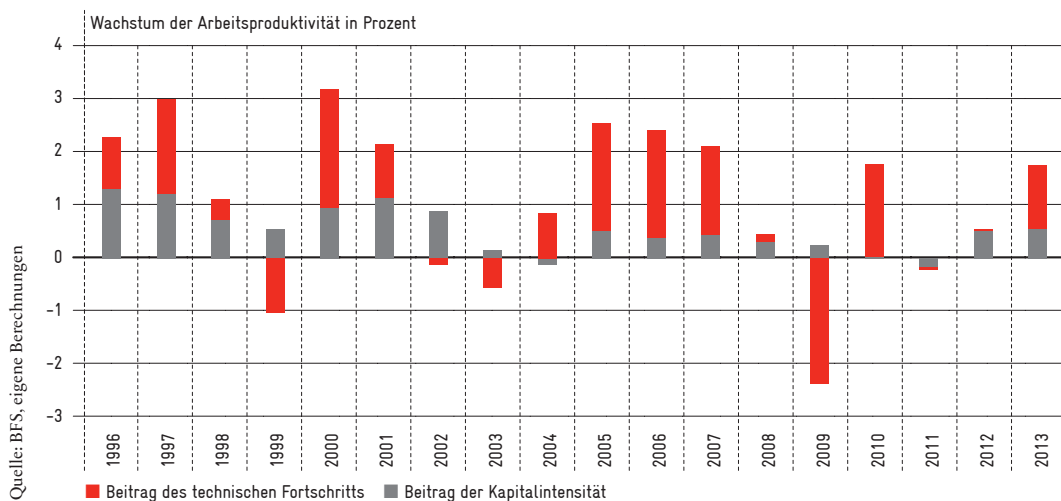
Die zweite erklärende Variable des pro-Kopf-Einkommens, die Erwerbsquote der aktiven Bevölkerung (Bruttopartizipation), lieferte in beiden Zeitintervallen positive Beiträge. Zurück-

zuführen ist dies einerseits auf die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, anderseits auf die anhaltend steigende Erwerbspartizipation der Frauen. Hingegen lastete die negative Entwicklung der mittleren Arbeitszeit mit -0,5% auf dem Pro-Kopf-Wachstum, während sie 2003–2008 noch leicht positiv zu Buche schlug. Ein Teil der früheren Produktivitätsgewinne wurde also in Form von mehr freier Zeit «konsumiert». Die etwas höhere Arbeitslosigkeit drückte ebenfalls auf das Pro-Kopf-Einkommen.

Dazu kommt ein Phänomen, das zwar seit langem bekannt ist, aber kaum in Zusammenhang mit dem rückläufigen Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen diskutiert wird: die fortschreitende Alterung der Gesellschaft. Sie manifestiert sich in der Wachstumsbuchhaltung in Form sinkender Anteile der Erwerbs- an der Gesamtbevölkerung. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine Vielzahl von Gründen an der enttäuschenden Entwicklung des BIP pro Kopf beteiligt war. Die Zuwanderung dürfte die Er-

Erklärung des Wachstums der Arbeitsproduktivität der Schweiz 1996–2013

Seit 2003 hat der Beitrag der Kapitalintensität zum Wachstum der Arbeitsproduktivität abgenommen. In den 90er-Jahren trugen die Realinvestitionen rund einen Prozentpunkt zum Produktivitätsfortschritt bei. In den 2000ern dominierte hingegen der allgemeine technische Fortschritt als Wachstumsmotor.



werbsbeteiligung und die mittlerer Arbeitsstundenzahl eher erhöht und damit das Pro-Kopf-Einkommen gestützt haben.

Zuwanderung mindert Rationalisierungsdruck

Die einfache Gleichung, gemäss der ein schwach wachsendes BIP unter starker Zuwanderung auf immer mehr Köpfe verteilt wird und das Pro-Kopf-Einkommen deshalb stagniert, wird der Realität nicht gerecht. Dennoch ist zu klären, ob und inwiefern der Einbruch des Produktivitätswachstums in der Schweiz mit der Migration zu tun hat.

In der Abbildung «Erklärung des Wachstums der Arbeitsproduktivität der Schweiz 1996 – 2013» (Seite 15) ist ersichtlich, was sich in der Schweiz abspielte. Während die Zunahme der Kapitalintensität in den 1990er-Jahren regelmässig substanzielle Beiträge um

1% zum Produktivitätswachstum beisteuerte, ist 2003 eine Bruchstelle zu erkennen. Die Schweizer Wirtschaft produziert zwar seit diesem Jahr nicht, wie zuweilen behauptet wird, arbeitsintensiver, doch das Wachstum der Kapitalintensität – und damit ein wesentlicher

Treiber der Produktivität und der Löhne – wurde geschwächt. Es erscheint plausibel, dass hier ein Zusammenhang mit der verstärkten Zuwanderung vorliegt. Durch die Erschliessung der zehnmal grösseren Arbeitsmärkte Deutschlands und Frankreichs für den kleinen Schweizer Binnenmarkt wurde Arbeit einfacher und günstiger verfügbar. In der Folge verringerte sich der Druck zu Rationalisierungsinvestitionen und zu Verlagerungen der Produktion ins Ausland.

Dieser Anreiz brachte die Investitionen im Inland zwar nicht zum Erliegen, doch es wurde

deutlich weniger investiert als zuvor – im Verhältnis zur Ausdehnung des Arbeitseinsatzes sogar deutlich weniger. Vor diesem Hintergrund wird der Rückgang des Produktivitätswachstums verständlich. Immerhin konnten diese Effekte durch den in etwa gleich bleibenden technischen Fortschritt im Rahmen gehalten werden. Letzterer wird durch die höhere Qualität des Arbeitsinputs (Bildung, Qualifikationen), des Kapitals (bessere Maschinen, Software) und der Produktionsprozesse gespiessen.

Das Gefühl, übervorteilt zu werden

Das erlahmende Pro-Kopf-Wachstum nach der Krise dürfte insgesamt mehr mit weltwirtschaftlichen Vorgängen zu tun haben als mit der Zuwanderung. Dennoch entstand mit dem Nachlassen des Pro-Kopf-Wachstums nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in Teilen der Bevölkerung der Eindruck, dass die Lohnempfänger nicht von der Personenfreizügigkeit profitieren, umgekehrt aber die Kosten in Form höherer Wohnkosten und belasteter Infrastrukturen zu tragen haben. Umso mehr muss das Augenmerk künftig auf die Begleiterscheinungen ausserhalb des Arbeitsmarktes gelegt werden, auch wenn diese teilweise hausgemacht sind: die Wohnungsknappheit und die Beanspruchung der Infrastrukturen.

Das erlahmende Pro-Kopf-Wachstum nach der Krise dürfte insgesamt mehr mit weltwirtschaftlichen Vorgängen zu tun haben als mit der Zuwanderung.

Bilateralismus – was sonst?



Patrick Schellenbauer und
Gerhard Schwarz
(Herausgeber)

Ausgabe 2015
Avenir Suisse und Verlag
Neue Zürcher Zeitung
360 Seiten
42 Franken

Das Ende der Reindustrialisierung

Die Schweizer Wirtschaftsentwicklung der Jahre 2003–2014 gleicht einem Wechselbad der Gefühle. Die Hauptzäsur bildete die «Subprime-Krise» und in deren Gefolge die «Grosse Rezession» von 2009, die, obwohl sie in der Schweiz nicht das befürchtete Ausmass annahm, doch zur stärksten wirtschaftlichen Kontraktion seit der Erdölchock-Rezession von 1974/75 führte.

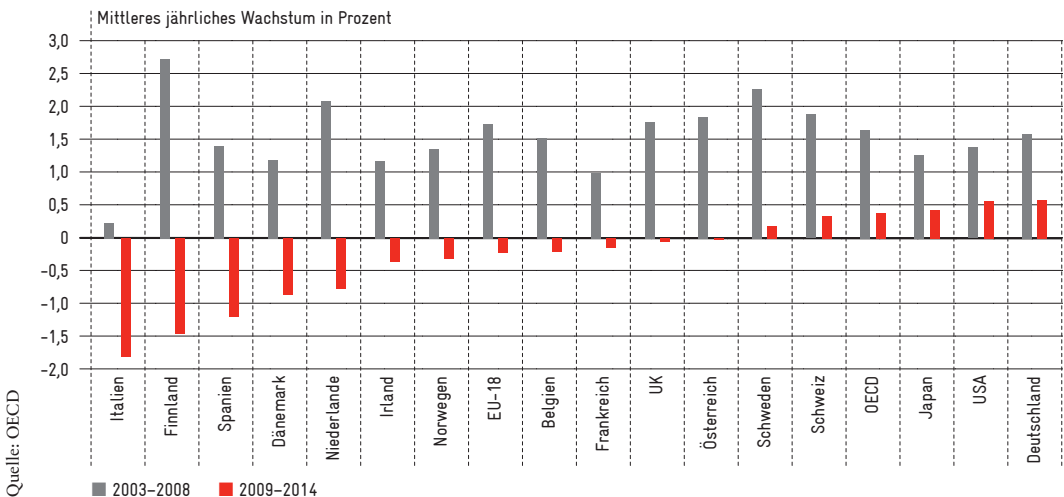
Die vorangehende Periode 2003 bis 2008 kann als Frühphase einer Ära gesehen werden, in der die Schweiz mit der teilweisen Einbindung in den EU-Binnenmarkt neue Wachstumsimpulse erhielt. Viele sprachen von der «Reindustrialisierung» der Schweiz. Angetrieben wurde diese Entwicklung durch den damals schwachen Franken, ermöglicht wurde sie aber vor allem durch zwei interne Faktoren: erstens durch die Beschleunigung des Produktivitätswachstums und zweitens durch eine ers-

te Zuwanderungswelle dank der Personenfreizügigkeit (PFZ) mit der EU. In der Periode 2009–2014 halbierte sich das mittlere Wachstum des realen BIP auf 1,3%. Dies ist zwar dem Umstand geschuldet, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise dieser zweiten Phase zugeschlagen wird, doch auch unter Ausklammerung des Jahres 2009 lag das Wachstum tiefer (2010–2014: 2%) als in den beiden Vorperioden.

Noch markanter äusserte sich die Wachstumsverlangsamung beim Pro-Kopf-BIP, dessen mittleres Wachstum in der Periode 2009–2014 auf 0,2% pro Jahr zurückfiel (ohne Krisenjahr 2009: 0,9% pro Jahr). Mit dem reduzierten Pro-Kopf-Wachstum ging auch ein tieferes Produktivitätswachstum einher. Festzuhalten ist auch, dass sich das Produktivitätswachstum nach 2009 auf der ganzen Welt in etwa halbierte – im Einklang mit dem weltweit rückläufigen Pro-Kopf-Wachstum. **PS**

Reales BIP-Wachstum pro Kopf in der OECD, 2003–2008 im Vergleich mit 2009–2014

Die Grafik zeigt das mittlere jährliche Wachstum der realen Pro-Kopf-Einkommen vor und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise auf der Basis von kaufkraftkorrigierten US-Dollar (PPP). Das Wachstum ist überall massiv gesunken. Die Schweiz gehört zur Minderheit der Länder mit einem positiven Nachkrisen-Wachstum.



Nicht dank dem Bankgeheimnis reich

Die Schweiz hat ihren Wohlstand nicht der Unversehrtheit im Zweiten Weltkrieg oder dem Bankgeheimnis zu verdanken. Sie gehörte schon Ende des 19. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern.

Lukas Rühli

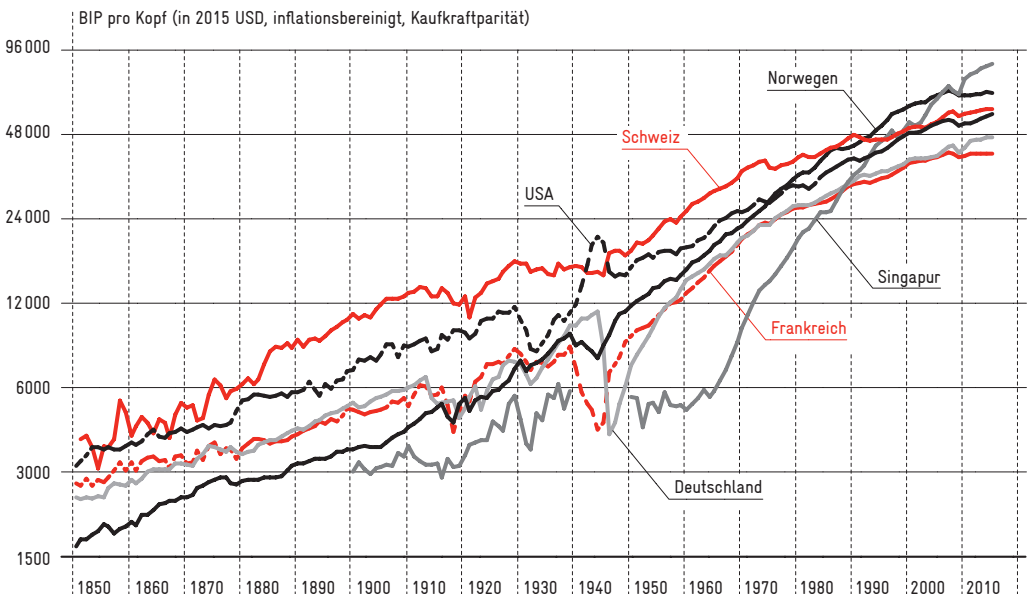
Historische Zeitreihen zeigen, dass die Schweiz schon Ende des 19. Jahrhunderts den höchsten Wohlstand aller (relevanten) Länder aufwies – wenn auch dieser natürlich drastisch geringer als heute und zudem sehr ungleich verteilt war. Dieser Wohlstand war das Ergebnis einer Reihe wichtiger und richtiger Weichenstellungen – und das durchaus im wörtlichen Sinn: Der rasche, durch Private organisierte Bau eines Eisenbahnnetzes war die Urzündung für eine moderne Schweiz, die beispielsweise als Forschungsstandort brilliert. In der Tat blieb der Schweiz zwar ein grosser Einbruch während des

Zweiten Weltkriegs erspart. Länder wie Deutschland, Frankreich oder Japan, die diesen Einbruch zu erleiden hatten, brauchten aber nicht mehr als 10–15 Jahre, um ihn wettzumachen. Seit 1970 schmilzt der Wohlstandsvorsprung der Schweiz sogar deutlich. Von Ländern wie Singapur oder Norwegen wurde sie überholt, andere haben aufgeschlossen. Unser Wohlstand ist keine Selbstverständlichkeit und wird auch nicht von aussen an uns herangetragen, sondern er muss kontinuierlich erarbeitet werden.

Online-Adventskalender:

Kalenderblatt vom 1. Dezember 2015

Die Schweiz wies schon Ende des 19. Jahrhunderts einen sehr hohen Wohlstand auf



Quelle: www.clio-infra.eu; IMF World Economic Outlook Database; eigene Berechnungen

Die Bürokratie einzäunen

Die steigende Regulierungsdichte beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit und somit die Wachstumsaussichten der Schweiz. Es braucht deshalb griffige Mechanismen wie eine Regulierungsbremse.

Peter Buomberger

Hinter Regulierungen stehen hehre Absichten. Doch selten wird geprüft, ob das angestrebte Ziel nicht auch auf marktwirtschaftlichem Weg erreicht werden könnte. Einzeln betrachtet scheinen die Kosten bei fast jeder Regulierung verdaubar. In ihrer Gesamtheit hat aber die Regulierungsdichte ein Ausmass erreicht, das die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz beeinträchtigt. Schätzungen des Bundesrates gehen von Regulierungskosten von rund zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aus. Ein beträchtlicher Teil dieser Kosten dürfte unnötig und damit vermeidbar sein. Angesichts der schwierigen Lage der Schweizer Wirtschaft durch den starken Franken und der erheblichen Unsicherheiten in den Aussenhandelsbeziehungen ist eine Reduktion der Regulierungskosten vordringlich, zumal die Unternehmen laut einer Umfrage des World Economic Forum (WEF) unter der zunehmenden Regulierung leiden.

Systemische Ursachen

Warum wächst die Regulierungsdichte stetig? Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Verwaltung will durch zusätzliche Regulierungen ihren Einfluss stärken; Politiker erhoffen sich, damit bei den Wählern zu punkten; viele Bürger wähnen sich in zusätzlicher Sicherheit. Ein weiterer Grund ist die Globalisierung: So verlangt etwa der Zutritt zum EU-Binnenmarkt oft die Übernahme ausländischen Rechts. Gut organisierte Lobbyisten verstärken den Trend zusätzlich, indem sie mit Regulierungen ihre Pfründe verteidigen.

Es fehlen Korrektur- und Kontrollmechanismen, oder diese werden umgangen. Zwar ver-

fügt das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) mit der Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) über ein qualitativ sehr gutes Instrument zur Eindämmung der Regulierungsflut. Doch die RFA werden meistens von den Departementen, die für ein Gesetz oder eine Revision zuständig sind, selbst durchgeführt. Dadurch verkommt das Instrument zum Papiertiger. Es braucht eine unabhängige Institution, die den Prozess überwacht. Doch eines steht fest: Ohne einen politischen Konsens über die Parteigrenzen hinweg wird nichts passieren.

Standardisierte Berechnung, klare Reduktionsziele

Ein Blick ins Ausland zeigt, welche Massnahmen sich als erfolgversprechend erwiesen haben. Im Wesentlichen betrifft dies die Berechnungsmethode, die Prüfstelle und die Zielsetzung. Eine standardisierte, verbindliche Berechnungsmethode ist zur Versachlichung der Diskussion unabdingbar. Zudem braucht es klare Reduktionsziele, etwa analog der Vorgabe «one-in, one-out», wie sie Deutschland, Österreich oder Australien als Regulierungsbremse kennen, indem im Austausch für jede neue Regulierung eine alte gestrichen wird. In der Schweiz könnte analog der Schuldenbremse eine Regulierungsbremse eingeführt werden. Das Regulierungskostenwachstum dürfte dabei zum Beispiel das BIP-Wachstum nicht überschreiten. Tiefere Bürokratiekosten könnten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und somit zu einem nachhaltigen Wachstum leisten.

*Der ungekürzte Beitrag erschien in
«Die Volkswirtschaft» Ausgabe 10/2015.*

Ohne Vertrauen keine Investitionen

Der Wirtschaftsmotor im Euro-Raum ist auch sieben Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise noch nicht recht angesprungen. Mit ein Grund dafür ist das fehlende Vertrauen der Wirtschaftsakteure in die institutionellen Rahmenbedingungen.

Rudolf Walsert

Der Wachstumsmotor der Eurozone ist auch sieben Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise noch nicht recht angesprungen.

Auch wenn die Krise im Euro-Raum noch nicht überwunden ist: In einigen Mitgliedsländern sind wichtige strukturelle Reformen eingeleitet und auch die Haushaltskonsolidierung an die Hand genommen worden. Dank diesen kombinierten Massnahmen zeigen sich

etwa in Irland und Spanien erste positive Resultate. Doch insgesamt überwiegt der Eindruck, dass der Wachstumsmotor in der Eurozone auch sieben Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise und trotz massiven Geldspritzen der EZB noch

nicht recht angesprungen ist. Das weist einerseits auf bestehende strukturelle Mängel und andererseits auf fehlendes Vertrauen der Wirtschaftsakteure in den institutionellen Rahmen hin. Letzteres baut massgeblich auf Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik. Nur so lässt sich bei Konsumenten, Unternehmen und Investoren jene Zuversicht schaffen, die für eine erfolgreiche und gedeihliche Wirtschaftsentwicklung unentbehrlich ist.

EU-Kommission als Vertrauensanker

Die EU-Kommission spielt als Hüterin der EU-Verträge eine wichtige Rolle. Die Stärkung des institutionellen Rahmens setzt die konsequente Anwendung des neuen makroökonomischen Regelwerks voraus. Die EU-Kommission muss dafür sorgen, dass der reformierte Stabili-

täts- und Wachstumspakt sowie der Fiskalvertrag nicht nur Zähne zeigen, sondern in der Realität und im Ernstfall auch wirklich Biss haben. Dafür sind ihr neue Durchgriffsrechte eingeräumt worden.

Es macht den Anschein, dass die seit Herbst 2014 existierende neue EU-Kommission diesen ersten wichtigen Test leider nicht bestanden hat, tut sie sich doch mit der Anwendung und Einhaltung des neuen makroökonomischen Regelwerks schwer. Zwar rügte die EU-Kommission im Rahmen der jährlichen Bewertung der Budgetpläne für 2015 sieben Länder (Belgien, Frankreich, Italien, Malta, Österreich, Portugal und Spanien) wegen mangelnder Haushaltsdisziplin, zeigte dann aber doch Milde und sah von weiteren Schritten, die bis zu Strafverfahren gehen könnten, ab. Was heisst das wirtschaftspolitisch für die Zukunft?

Regeln strikte durchsetzen

Werden Verstösse von Anfang an geduldet, geht nicht nur der wichtige Disziplinierungszwang verloren, sondern es entsteht auch keine Regeltreue. Zu welchen makroökonomischen Verwerfungen dies führen kann, hat die permanente Missachtung der Maastricht-Kriterien durch die Mitgliedstaaten gezeigt. Wenn schon die wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen zwischen den Mitgliedstaaten weit auseinander laufen, sollte wenigstens die EU-Kommission den Beweis antreten, dass vereinbarte Regeln und das Subsidiaritätsprinzip nicht einfach Begriffe mit beliebigem Inhalt sind. Die EU-Kommission ist die Hüterin der EU-Verträge. Sie hat

dafür zu sorgen, dass die vielfältigen gemeinsamen Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der neuen «Economic Governance» eingegangen sind, auch eingehalten werden.

Es führt letztlich kein Weg daran vorbei: Nur das regelgebundene Handeln gibt der EU-Kommission Kraft, schafft Vertrauen und stellt sicher, dass die neue «Economic Governance» nicht zu einer weichen Bettvorlage für die chronischen europäischen Schuldenstaaten wird, wie die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» einmal maliziös bemerkte. Dazu gehört auch die strikte Durchsetzung von Haftung und Kontrolle.

Wachstum und Wohlstand sind keine Selbstläufer

Den übermässig verschuldeten Euro-Ländern steht die Möglichkeit der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung nicht mehr zur Verfügung. Wenn die EU neue Finanztransfers, Schuldenerlasse und eine unionsweite Vermögensteuer, wie sie von einigen EU-Mitgliedsländern und Politikern zur Wieder-

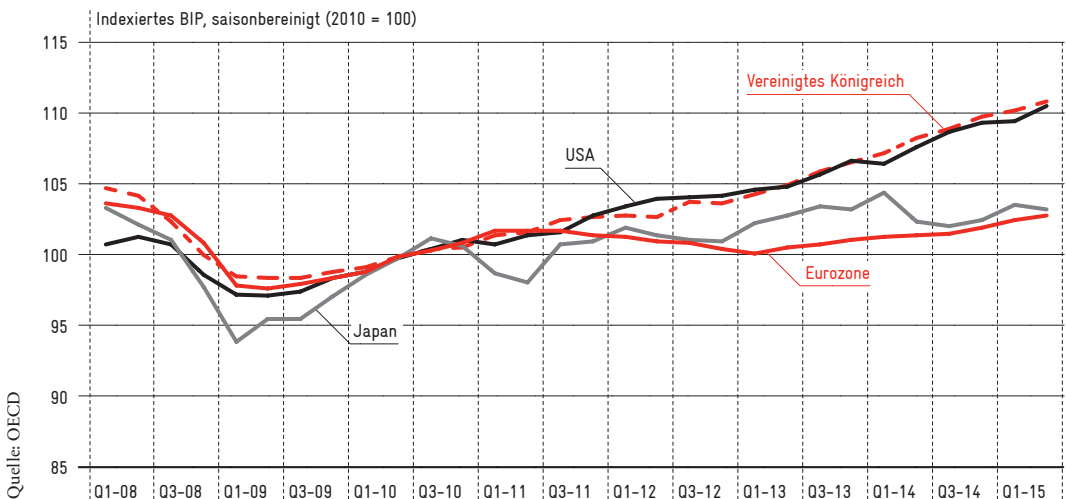
herstellung der Schuldentragfähigkeit zahlreicher Mitgliedsländer gefordert werden, verhindern will, gibt es zur strikten Einhaltung des erneuerten Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrags eigentlich keine Alternative. Denn dieses Regelwerk bietet genug Raum zum Atmen. Das sollte auch die EU-Kommission wissen.

Wachstum und Wohlstand sind niemals Selbstläufer, sondern müssen ständig durch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gesichert werden. Doch solange das Spielfeld durch den institutionellen Rahmen zwar abgesteckt, die Spielregeln aber nicht gleichermassen durchgesetzt werden, fehlt die Grundlage für das Vertrauen, das es braucht, damit sich die Wirtschaftsakteure darauf bewegen.

Online-Publikation: 8. Januar 2015

Fehlendes Vertrauen ist mit ein Grund für die Wachstumsschwäche der Eurozone

Das Wachstum der Eurozone bleibt trotz den massiven Geldspritzen der EZB gegenüber anderen Ländern zurück. Ein wichtiger Grund hierfür ist das fehlende Vertrauen der Wirtschaftsakteure in die bestehenden Institutionen.



Das verkannte Theorem

Sind Kapitalsteuern oder Lohnsteuern das volkswirtschaftlich grössere Übel? Das Chamley-Judd-Theorem gibt eine profunde Antwort auf diese umstrittene Frage: Es sind die Kapitalsteuern, weil sie den Anreiz mindern, Kapital zu bilden.

Marco Salvi

W eil die Steuerpolitik das Wachstum beeinflusst, verdient ein bahnbrechendes Ergebnis der Steuerlehre besser bekannt zu werden: das Theorem von Chamley und Judd. Es besagt, dass in einer Volkswirtschaft, in der sich die gegenwärtigen Konsumenten um das Wohl ihrer Nachfahren sorgen, der optimale Steuersatz auf Kapitalerträge Null beträgt. Mehr noch: Das Theorem zeigt, dass sich das Einkommen der Lohnbezüger langfristig nicht erhöhen lässt, indem man die Kapitalerträge besteuert.

Ein Ergebnis dieser Tragweite verlangt einige Hintergrundinformationen. Die Frage, ob Kapital oder Löhne besteuert werden sollten, beschäftigt Ökonomen seit eh und je. Weil Kapital nichts anderes als gespartes Einkommen ist, also aus bereits versteuertem Geld gebildet wird, setzten sich schon klassische Ökonomen wie John Stuart Mill für die Steuerbefreiung der Kapitalerträge ein. Gemäss Mill bevorzugt die Doppelbesteuerung des Kapitaleinkommens den gegenwärtigen Konsum (und die Verschuldung) auf Kosten des Sparens. Das sei «not only impolitic but unjust». Allerdings verursacht die Alternative – die Besteuerung der Löhne – ebenfalls Verzerrungen: Sie schwächt beispielsweise den Anreiz, einer Arbeit nachzugehen. Welche dieser zwei Verzerrungen – die sparhemmende der Kapitalsteuern oder die arbeitshemmende der Lohnsteuern – ist aus volkswirtschaftlicher Sicht längerfristig die schädlichere?

Hier setzen die 1985 separat veröffentlichten Arbeiten des Franzosen Christophe Chamley, heute Kollege von Thomas Piketty an der Paris School of Economics, und des Amerikaners Ken-

neth Judd von der Universität Stanford an. Der Grundgedanke des Chamley-Judd-Theorems ist eigentlich simpel: Die Besteuerung von Kapitaleinkommen vermindert den Anreiz, Kapital zu bilden, das heisst, zu sparen und in Maschinen oder Innovationen zu investieren. Dagegen sollten auch die Lohnempfänger etwas haben, weil ein höherer Kapitalstock (mehr Maschinen) die Arbeitsproduktivität erhöht, und diese ist letztlich die wahre Quelle sämtlicher Lohnerhöhungen. Wegen des fehlenden Kapitalstocks werden also weniger Kapitalerträge generiert, ergo wird auch weniger reinvestiert. Der Zinseszins-effekt entfällt, sprich: die Kapitalsteuer bremst den Schneeball des Wachstums. Nicht so eine Lohnsteuer, die bloss statische negative Effekte in Form eines reduzierten Arbeitsangebotes verursacht. Weil Chamley und Judd zudem annehmen, dass sich die heutigen Konsumenten nicht nur um ihren eigenen Wohlstand sorgen, sondern auch um jenen ihrer Nachkommen, folgt ohne weiteres, dass jede Form der Besteuerung des Kapitaleinkommens abgelehnt werden muss. Das gilt auch für die Erbschaftssteuer. Das Theorem suggeriert letztlich also, dass das immer wieder lamentierte weltweite Sinken der Unternehmenssteuersätze alles andere als eine verteilungspolitische Katastrophe darstellt. Auch relativiert es die oft gehörte Aussage, dass es volkswirtschaftlich sinnvoll wäre, Löhne und Kapitaleinkommen gleich zu besteuern. Und im Kern birgt es eine profunde Botschaft: Dass Unternehmer und Arbeitnehmer schliesslich im gleichen Boot sitzen.

Online-Publikation: 17. September 2014

Das Zeitbudget als Wohlstandsindikator

Einige Alltagsgüter sind fast gratis. Dazu gehören Internet und Fernsehen. Der kostenlose Konsum von Informationen und Unterhaltung erhöht zwar nicht das gemessene BIP, aber durchaus den gefühlten Wohlstand.

Marco Salvi

Handy, Computer, Fernsehen: Drei Bildschirme prägen den Alltag der Schweizer. Fast 20 Stunden pro Woche verbringen sie vor der Glotze; während weiteren 7 Stunden surfen sie im Internet, Bürozeiten nicht inbegriffen. Für diese elektronische «Schlemmerei» gibt ein Haushalt durchschnittlich nur 80 Fr. pro Monat aus.

Gemessen an den gesamten Haushaltsausgaben erscheinen diese Aktivitäten als volkswirtschaftlich unbedeutend. Sie tragen kaum zur wirtschaftlichen Leistung bei, die im Bruttoinlandprodukt abgebildet wird – somit sind sie nicht Teil des gemessenen Wohlstandes. Doch mehr als das Geld, verrät gerade die Zeit, die man mit elektronischen Medien verbringt, deren Bedeutung. Jede Stunde, die wir vor einem Bildschirm verbringen, hält uns von mehr Arbeit, oder vom Konsum anderer Güter ab (Pommes-Chips ausgenommen). Der Wert dieser Alternativen ist bekannt, im Fall der Arbeit ist es der Lohn. Somit lassen sich auch die so genannten Opportunitätskosten des Internets und des Fernsehens bestimmen und eine Einschätzung ihrer Wohlfandseffekte berechnen.

Diese Methode wurde zum ersten Mal 2006 von den beiden Ökonomen Austan Goolsbee (Universität Chicago) und Peter Klenow (Universität Stanford) angewendet. Sie lässt sich leicht auf die Schweiz übertragen.

Bewertet nach der Methode von Goolsbee und Klenow ist die private Nutzung des Internets dem Schweizer Durchschnittssurfer rund 150 Fr. pro Monat wert – so viel beträgt die so genannte Konsumentenrente. Das ist das Fünffache der

monetären Ausgaben. Beim Fernsehen lässt sich ein entsprechender Wert von 430 Fr. berechnen, was immerhin rund 8% des Haushaltseinkommens entspricht. Auf die ganze Schweiz hochgerechnet bedeutet dies eine Konsumentenrente von 1,4 Mia. Fr.

Auch die digitale Welt ist «real»

Zugegeben: Diese Werte sind mit Vorsicht zu geniessen. Die Rechnung geht davon aus, dass Internet und Fernsehen keine engen Substitute sind. In den letzten Jahren hat man jedoch einen Rückgang des TV-Konsums zugunsten des Internets festgestellt, vor allem bei jüngeren Nutzern. Demzufolge wären die ausgewiesenen Werte etwas überschätzt. Eine weitere kritische Annahme ist die in der Methode getroffene Bewertung der Freizeit zum vollen Lohnsatz. Ist den Leuten eine Mussestunde weniger wert als eine Arbeitsstunde, sind die berechneten Wohlfahrtsgewinne ebenfalls etwas zu hoch. Zudem wird nicht zwischen dem Gratiskonsum von Informationen im Internet und der Präsenz auf E-Commerce-Websites unterschieden. Wer seine Ferien über das Internet bucht oder ein Musikstück kauft, handelt durchaus BIP-wirksam.

Doch auch ohne komplexe Berechnungen ist es offensichtlich, dass der Raum des «Virtuellen» in unseren Leben zugenommen hat. Nicht zuletzt hat dies eine Auswirkung auf die Art und Weise, wie wir Wohlstand messen und bewerten. Die digitale Welt mag nur aus 0 und 1 bestehen, sie ist deswegen nicht weniger real und wertvoll. Auch deshalb sind wir reicher, als wir denken.

Online-Publikation: 31. Oktober 2014

Wie wir uns arm rechnen

Das BIP der Schweiz wird traditionellerweise produktionsseitig errechnet. Dabei wird die Entwicklung der Kaufkraft nur unzureichend abgebildet. Der Wohlstand ist in den letzten zehn Jahren deutlich stärker gewachsen, als wir meinen.

Gerhard Schwarz

Das BIP unterschätzt im schweizerischen Kontext den Wohlstand und dessen Wachstum deutlich.

Zu Beginn der 1990er Jahre warnten Ökonomen und Wirtschaftsführer vor der Wachstumsschwäche der Schweiz, sofern nicht Reformen in Richtung mehr Wettbewerb und Privatinitiative unternommen würden. Sie sollten recht bekommen. Das letzte Jahrzehnt des zweiten Jahrtausends erwies sich als eine Periode der Stagnation. Das änderte sich nach der Jahrtausendwende schlagartig. Dank den von den Warnern geforderten und von der Politik zu einem rechten Teil umgesetzten marktwirtschaftlichen Reformen, aber auch dank der Personenfreizügigkeit gegenüber der EU, wuchs die Schweiz überdurchschnittlich – die Debatte um fehlendes Wachstum der neunziger Jahre war vergessen. Nun ist sie im Umfeld der Diskussion um die Zuwanderung neu aufgeflammt, unter anderem mit der Behauptung, die Schweiz sei wohl gewachsen, aber nur in die Breite. Pro Kopf stagniere das Bruttoinlandprodukt (BIP) dagegen mehr oder weniger (vgl. dazu Seite 14 – 16).

Ein Schweizer Unikum

Abgesehen davon, dass mit einer solchen Behauptung noch nichts darüber gesagt ist, wie sich das BIP pro Kopf bei geringerer Zuwanderung entwickelt hätte, stellt sich auch die Frage, ob das BIP – bzw. das BIP pro Kopf – überhaupt geeignet ist, die Entwicklung des Wohlstands abzubilden. Aus praktischen Gründen gibt es zwar schlicht keine besseren Alternativen, auch

wenn man um die Schwächen dieses Messkonzepts weiss, das etwa Wirtschaftsleistungen, die nicht monetär abgegolten werden (wie familiäre Hausarbeit), weitgehend unberücksichtigt lässt oder die Nachhaltigkeit vernachlässigt.

Vor allem kann das BIP das Wohlbefinden der Menschen nicht erfassen, weswegen es alle möglichen Versuche gibt, einen Massstab für das aggregierte Glück der Menschen zu konstruieren, ein «Brutto-Glücksprodukt», wenn man so will – bisher erwartungsgemäss und glücklicherweise ohne überzeugenden Erfolg. Solche Indikatoren entwickeln nämlich immer eine normative Wirkung: Was als Glück definiert wird, wird dann schnell zum allgemeingültigen politischen Ziel erhoben, obwohl die Vorstellungen von Glück sehr unterschiedlich sind (vgl. dazu auch Seite 5).

Mit dem Konzept des sogenannten «Command-BIP» soll auf eine andere, weniger fundamentale, für die wirtschaftspolitische Debatte gleichwohl wichtige Schwäche des BIP aufmerksam gemacht werden. Thematisiert wurde sie schon vor Jahren vom Genfer Ökonomen Ulrich Kohli sowie neuerdings von der KOF/ETH (Michael Siegenthaler, Jan-Egbert Sturm): Das BIP unterschätzt im schweizerischen Kontext den Wohlstand und dessen Wachstum deutlich, zumal für die letzten zehn Jahre. In diesem Ausmass ist das ein Unikum; es gibt Länder, in denen der Unterschied fast nicht relevant ist.

Verdoppeltes Wachstum

Will man das verstehen, müssen einige methodische Aspekte betrachtet werden. Das BIP der

Schweiz wird traditionellerweise produktionsseitig errechnet und nicht, was auch möglich wäre, von der Verwendungs- oder der Einkommenseite her. Dabei wird die Entwicklung der Kaufkraft der Bevölkerung nur unzureichend abgebildet. Wenn sich nämlich die Terms of Trade einer kleinen, offenen Volkswirtschaft wie der Schweiz, die 52 % des BIP exportiert und fast so viel importiert, verbessern, also mit der gleichen Exportmenge mehr importiert werden kann, macht das die Menschen dieses Landes wohlhabender. Dies gilt, selbst wenn das BIP und die Exportmenge unverändert bleiben. Das berücksichtigt das Command-BIP, auch Bruttoinlandsinkommen oder ausgabenseitiges BIP genannt. Pro Kopf ist es, wie die Grafik zeigt, seit 1980 um 66 % gestiegen, also fast doppelt so stark wie das offiziell ausgewiesene, reale BIP pro Kopf, das lediglich um 34 % gestiegen ist.

Besonders eklatant ist der Unterschied der beiden Messgrößen ab dem Jahr 2002. Hier wuchs das reale Command-BIP pro Kopf durchschnitt-

lich jährlich um 2%, das heisst allein aufgrund der Verbesserung der Terms of Trade um 1,1 Prozentpunkte mehr pro Jahr als das reale BIP pro Kopf. Und während das BIP pro Kopf in der Wirtschaftskrise einbrach und nun erst wieder knapp das Vorkrisenniveau erreicht hat, konnte sich das Command-BIP pro Kopf 2008 und 2009 halten, so dass es nach dem leichten Anstieg der letzten Jahre nun deutlich über dem Wert von 2007 liegt.

Versteckte Qualität

Das Auseinanderklaffen der beiden Kurven unterstreicht die ungewöhnliche Preissetzungsfähigkeit der Schweizer Exporteure. Spezialisierung, Qualitätsorientierung und Ausrichtung auf Nischenprodukte haben dazu geführt, dass sie während Jahrzehnten von Jahr zu Jahr immer noch höherwertige Produkte und Dienstleistungen anbieten und die laufende Höherbewertung des Schweizerfrankens zu einem beträchtlichen Teil an die Kunden weitergeben konnten. Die Preiselastizität schweizerischer Exportprodukte ist deutlich geringer als die der Exportprodukte der meisten anderen Länder.

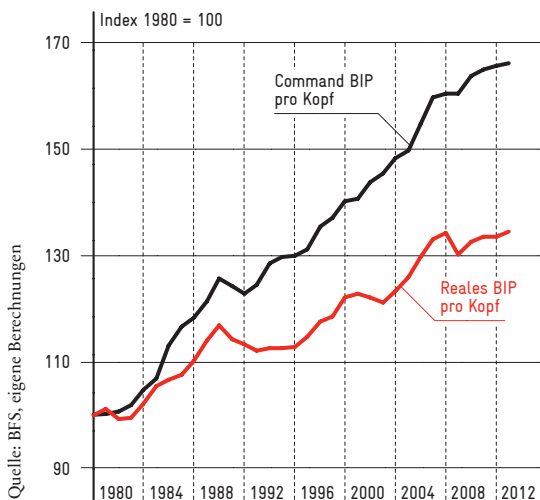
Vor allem aber zeigt das Zurückbleiben des realen BIP pro Kopf hinter dem Command-BIP pro Kopf, dass das Wachstum der Wertschöpfung seit langem und systematisch unterschätzt worden ist. Wir sind also reicher, als wir glauben. Gleiches gilt für das Produktivitätswachstum. Auch es wird, wenn man sich auf das BIP stützt, systematisch unterschätzt, ganz abgesehen davon, dass die Preissteigerungen der Schweizer Exporte möglicherweise substanzielle Qualitätsgewinne bei gleichzeitiger Verbilligung der Produktion durch Produktivitätsgewinne reflektieren. Das würde erklären, warum die Schweizer Exporte durch den teuren Franken in letzter Zeit nicht mehr gebeutelt wurden.

Dieser Artikel erschien in der

«Neuen Zürcher Zeitung» vom 27. September 2014

Reicher als wir denken

Das ausgabenseitige Command-BIP ist seit 1980 um 66 % gestiegen, fast doppelt so stark wie das offiziell ausgewiesene reale BIP pro Kopf.



Die Mär vom versiegenden Wachstum

Können Volkswirtschaften ewig wachsen? Es gibt gute Gründe, weshalb kein komplettes Versiegen des Wachstums zu erwarten ist. Der technische Fortschritt wird als zentraler Wachstumstreiber unterschätzt.

Samuel Rutz

An düsteren Prognosen eines versiegenden Wachstums fehlt es nicht. Der Deutsche Think-Tank «Denkwerk Zukunft» beispielsweise hat die Wachstumsraten der EU6 und anderer industrialisierter Länder der letzten fünf Jahrzehnte (1960–2010) in die Zukunft extrapoliert und prognostiziert für die meisten Staaten ein jährliches Wachstum von weit unter einem Prozent in den kommenden Jahrzehnten.

Eine solche Trendextrapolation ergibt für die Schweiz die folgenden Wachstumsprognosen für die nächsten vier Dekaden:

- 2010–2020: 0,43 %
- 2020–2030: 0,31 %

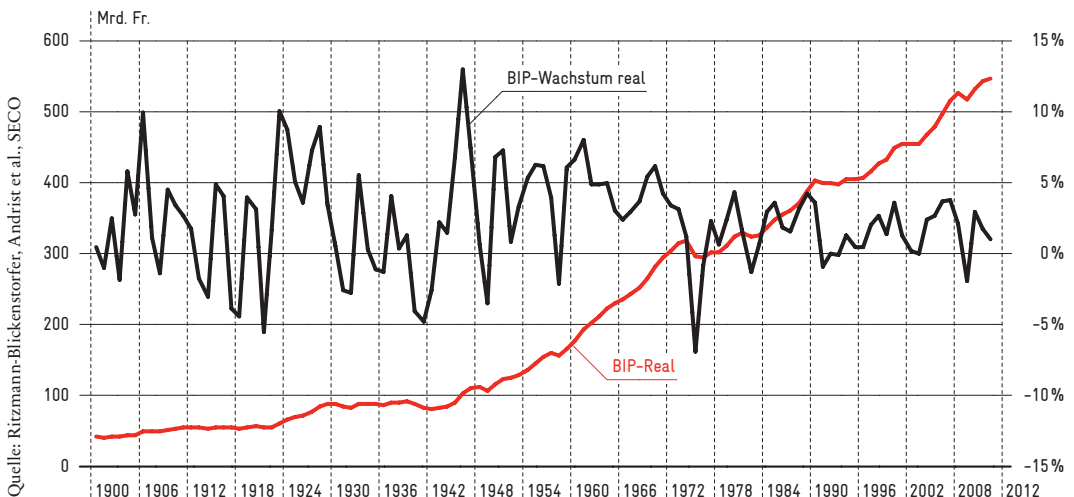
- 2030–2040: 0,22 %
- 2040–2050: 0,16 %

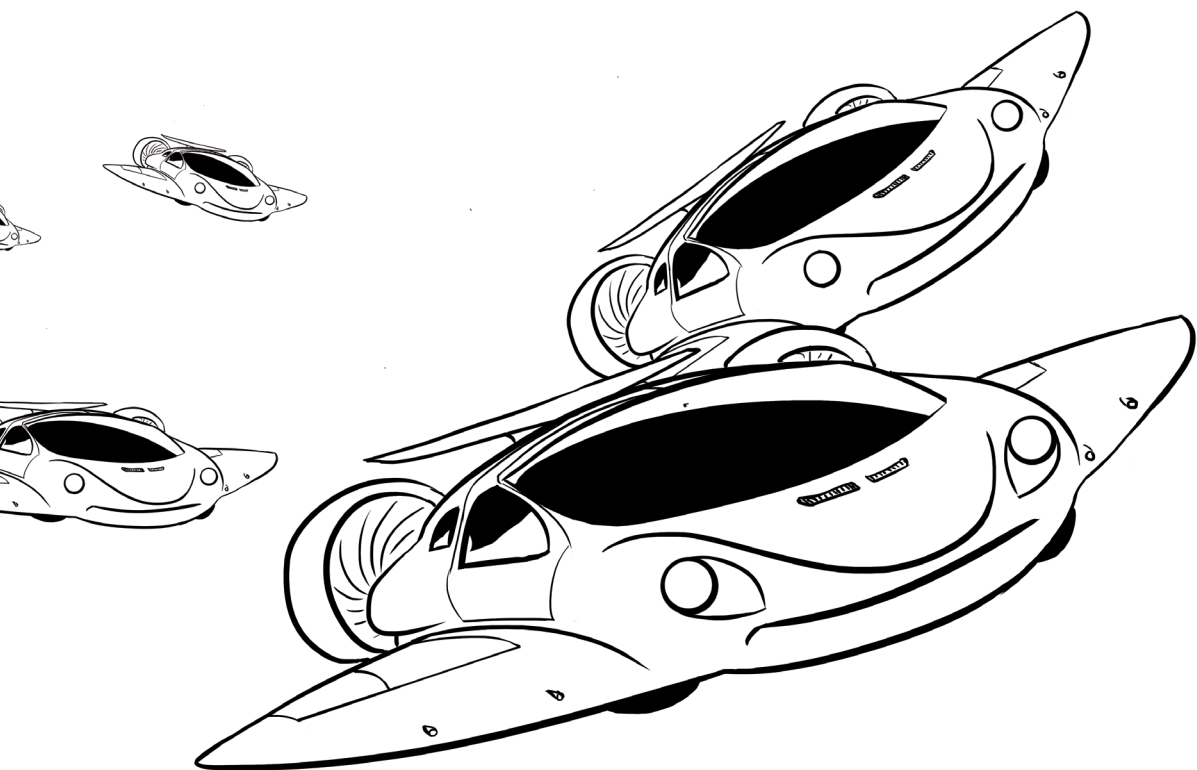
Diese Resultate erstaunen nicht, erreichte doch das Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten westlichen Ländern historische Rekordmarken. Startet eine Trendberechnung genau auf diesen Höchstwerten, kann das Ergebnis nur das pessimistische Szenario eines abnehmenden Wachstums sein. Eine längerfristige Betrachtung tut daher not.

Die Abbildung zeigt die Entwicklung des realen BIP und des jährlichen BIP-Wachstums der Schweiz seit 1900. Im Durchschnitt betrug das jährliche Wachstum des BIP pro Kopf in den be-

Entwicklung des realen BIP und des jährlichen BIP-Wachstums der Schweiz seit 1900

Die Betrachtung des realen BIP über einen längeren Zeitraum relativiert die düsteren Nullwachstumsprognosen. Im Durchschnitt betrug das jährliche Wachstum des BIP pro Kopf seit 1900 2,3%.





trachteten 113 Jahren 2,3%. Spitzenwerte des Wachstums wie in den «Goldenen Zwanzigern» oder den 1960er-Jahren sind also nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Bis 1950 konnte man zwar teilweise sehr hohe Wachstumsraten von über 10 % beobachten, aber auch die Rezessionen fielen entsprechend stark aus. Im Durchschnitt ergab sich in der Periode 1900 bis 1950 letztlich dann auch «nur» ein jährliches Wachstum des BIP pro Kopf von rund 2%. Wie in allen industrialisierten Ländern ist auch in der Schweiz seit den 1970er-Jahren ein Rückgang des Trendwachstums zu beobachten. Dafür verlief die wirtschaftliche Entwicklung weniger volatil als in der Vergangenheit, sprich: Boom- und Rezessionsphasen fielen weniger heftig aus, der Wirtschaftsverlauf war stabiler. Die jüngste Wirtschaftskrise – die unsere Wahrnehmung stark prägt – nimmt sich im historischen Vergleich fast «wie ein Klacks» aus.

Eine längerfristige Betrachtung der Wachstumsentwicklung relativiert also die sinistren Nullwachstums-Prognosen. Es gibt denn auch gute Gründe, weshalb kein komplettes Versiegen des Wachstums zu erwarten ist: Der langfristig wichtigste Wachstumstreiber in den Industrieländern ist der technische Fortschritt, und dieser lässt sich sicherlich nicht erzwingen, aber eben auch nicht unterbinden. Auch in Zukunft werden kleinere und grössere Innovationen getätigt werden, die in marktwirtschaftlich organisierten Ländern über kurz oder lang zu Wachstum führen – unabhängig davon, ob dieses Wachstum als gut, schlecht, zu hoch oder zu tief empfunden wird.

Online-Publikation: 27. September 2013

Publikationen



Verantwortlich für diese Ausgabe Gerlach Schwarz, Samuel Rutz und Simone Hofer Frei, Avenir Suisse, Zürich Mitarbeitende Clément Bourdin, Peter Buomberger, Jérôme Cosandey, Verena Parzer Epp, Nicole Pomezny, Lukas Rühli, Marco Salvi, Patrik Schellenbauer, Natanael Rother, Rudolf Walser, Dominique Zaugg Redaktion Rotbuchstrasse 46, 8037 Zürich Telefon 044 445 90 00 E-Mail redaktion@avenir-suisse.ch Gestaltung Carmen Sopi, Avenir Suisse, Zürich Druckauflage 7100 Exemplare Druck gdz AG, www.gdz.ch Download Nachdruck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe («avenir spezial») gestattet; abrufbar als PDF auf www.avenir-suisse.ch.